



Plenarsitzungsdokument

B9-0546/2021

29.10.2021

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht gemäß Artikel 143 der Geschäftsordnung

zu den jüngsten Terroranschlägen in Europa

Tom Vandendriessche, Filip De Man, Angel Dzhambazki, Andrey Slabakov, Elżbieta Kruk, Hermann Tertsch, Carlo Fidanza, Gianantonio Da Re, Joachim Stanisław Brudziński, Jaak Madison, Roman Haider, Markus Buchheit, Peter Lundgren, Ladislav Ilčić, Christine Anderson, Joachim Kuhs, Laura Huhtasaari, Herve Juvin, Teuvo Hakkarainen, Gerolf Annemans, Maximilian Krah, Milan Uhrík, Emmanouil Fragkos, Mathilde Androuët, Catherine Griset, Nicolaus Fest, Jorge Buxadé Villalba, Rob Rooken

Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlaments zu den jüngsten Terroranschlägen in Europa

Das Europäische Parlament,

- gestützt auf Artikel 6 des Vertrags über die Europäische Union,
- gestützt auf Artikel 143 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass am 13. Oktober 2021 ein islamistischer Terroranschlag in Kongsberg (Norwegen) verübt wurde, bei dem fünf Menschen getötet und zwei verletzt wurden; in der Erwägung, dass Sir David Amess, ein Mitglied des Parlaments des Vereinigten Königreichs, am 15. Oktober 2021 von Ali Harbi Ali, einem Moslem somalischer Herkunft, mit 17 Messerstichen getötet wurde;
- B. in der Erwägung, dass die Verdächtigen bei beiden Anschlägen radikale Moslems sind; in der Erwägung, dass in den vergangenen Jahrzehnten zahllose Menschen dem islamistischen Extremismus zum Opfer gefallen sind;
- C. in der Erwägung, dass der islamistische Extremismus in der EU zu einem wachsenden Problem geworden ist, das durch die Massenmigration aus muslimischen Ländern noch vergrößert wird;
 1. bekundet seine tiefe Bestürzung über die fünf Todesopfer in Norwegen und den brutalen Mord an Sir David Amess;
 2. stellt fest, dass es sich bei beiden Verdächtigen um Islamisten handelt – ein Verdächtiger ist zum Islam konvertiert und der zweite Moslem kommt aus einem privilegierten sozioökonomischen Umfeld;
 3. betont, dass der Islamismus in Europa keinen Platz hat und die größte Sicherheitsbedrohung für die EU darstellt;
 4. fordert die Kommission auf, diese Terrorakte zu verurteilen, sich mit dem Problem des radikalislamistischen Terrorismus zu befassen und eine Sicherheitsstrategie gegen Islamismus auszuarbeiten; fordert die Kommission überdies auf, Einwanderer aus muslimischen Ländern angemessen zu prüfen.